

ANFRAGE von Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich), Tobias Langenegger (SP, Zürich), Marc Bochsler (SVP, Wettswil a. A.), Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil), Martin Huber (FDP, Neftenbach) und Markus Schaaf (EVP, Zell)

Betreffend Risiken von Microsoft-365-Cloud

Mit RRB 542/2022 hat der Regierungsrat dem Einsatz von Microsoft 365 als Cloud-Lösung für die IKT-Grundversorgung in der kantonalen Verwaltung zugestimmt. Er beurteilt darin die Wahrscheinlichkeit für einen Datenzugriff US-amerikanischer Behörden im Rahmen des «CLOUD Act» (Clarying Lawful Overseas Use of Data Act) als «höchst unwahrscheinlich». Die Datenschützerin hingegen äusserte sich sehr kritisch gegenüber der Verwendung von Microsoft 365, wie auch im Jahresbericht 2023 festgehalten ist (S. 19f.) Zusammenfassend hält sie fest: «Die Daten sämtlicher Personen im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Organs werden durch den Einsatz dieser Cloud-Lösung auf Vorrat zugänglich für US-Behörden.»

Das «Transatlantic Data Privacy Framework», TADPF, soll sicherstellen, dass die Daten europäischer Nutzerinnen und Nutzer bei amerikanischen Tech-Unternehmen geschützt sind. Die Aufsicht erfolgt hauptsächlich durch das «Privacy and Civil Liberties Oversight Board», PCLOB. Dieses besteht jedoch seit Ende Januar nur noch aus einer einzelnen Person und kann seine Aufgabe nicht mehr wahrnehmen.

Nebst der Datensicherheit ist auch die Abhängigkeit von amerikanischen Tech-Firmen kritisch zu sehen. Sie könnte als Druckmittel eingesetzt werden, um amerikanische Interessen durchzusetzen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Risikoanalyse bezüglich Microsoft 365 aus dem Jahr 2021 immer noch angemessen ist und die tatsächlichen Risiken widerspiegelt?
2. Findet eine regelmässige und systematische Überprüfung der Risikoanalyse statt, die auch sich wandelnde politische Entwicklungen miteinbezieht?
3. Im RRB 542/2022 wird lediglich die geschätzte Wahrscheinlichkeit für einen «lawful access» angegeben, aber nicht, welche Konsequenzen dieser hätte. Was wären die Folgen, wenn amerikanische Behörden auf die von der Zürcher Verwaltung in der Cloud gespeicherten Daten Zugriff nehmen würden? Welche Personenkreise wären wie betroffen?
4. Könnte die kantonale Verwaltung noch ordnungsgemäss funktionieren, wenn Microsoft 365 seine Dienstleistungen einschränken oder sogar sistieren würde? Welche Bereiche der kantonalen Verwaltung wären inwiefern betroffen?
5. Plant der Regierungsrat verstärkt Wert zu legen auf Datenhoheit und Unabhängigkeit von amerikanischen bzw. ausländischen Tech-Firmen?

Selma L'Orange Seigo
Tobias Langenegger
Marc Bochsler
Tina Deplazes
Martin Huber
Markus Schaaf